

Militärs auf politische Veränderungen in früheren Jahren in Rechnung stellt, ist eine Rückkehr der Generäle in die Politik, wie sie in den siebziger Jahren zu verzeichnen war, nicht ausgeschlossen. Manche Szenarios gehen davon aus, daß

dann schwere innenpolitische Auseinandersetzungen zu befürchten sind. Diese könnten sich nach algerischem Vorbild auch auf die Auslandstürken, vor allem in Deutschland, auswirken.

Peter Heine

Fehlende demokratische Tradition

Die Dominikanische Republik vor Präsidentschaftswahlen

Die Dominikanische Republik ist in den vergangenen Jahren zu einem bevorzugten Urlaubsziel der Deutschen geworden; die Flugzeugkatastrophe vom 7. Februar machte das auf schmerzliche Weise bewußt. Die Bevölkerung der Insel aber kämpft mit einer Vielzahl massiver Probleme: über die Hälfte der Menschen lebt unterhalb der Armutsgrenze. Unter der fehlenden Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz leiden vor allem die unteren Schichten.

Die Geschichte der Insel, mit der Kolumbus Amerika entdeckte, ist von Gewalt und Diktatur gekennzeichnet. 1844 erlangte die Dominikanische Republik ihre Unabhängigkeit von Spanien. Danach folgten Jahre mit einer großen politischen Instabilität und rasch wechselnden Regierungen. 1916 besetzten die Vereinigten Staaten das Land für acht Jahre. Sie reformierten wesentliche Teile der Verwaltungsstruktur, des Militärs und der Gesetzgebung. Gerade im Bereich des Eigentums- und Grundbuchrechtes haben diese Reformen für die Kleinbauern bis heute negative Wirkungen. Besonders gelitten haben die Dominikaner unter der Diktatur von *Rafael Trujillo* (1930–1961), der die Bevölkerung in Angst und Schrecken hielt.

Nach der Ermordung von Trujillo gewann die Revolutionäre Dominikanische Partei mit *Juan Bosch* die Wahlen von 1962, jedoch wurde Bosch bereits nach einer siebenmonatigen Amtszeit durch einen rechtsgerichteten Militärputsch aus dem Amt entfernt. Bewaffnete Gruppen von Aufständischen versuchten vergeblich, mit Waffengewalt die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. *Joaquín Balaguer*, einer der engsten Mitarbeiter Trujillos, gewann die Wahlen von 1966 und ist seitdem einer der einflußreichsten Politiker. Er war von 1966 bis 1978 und ist seit 1986 Staatspräsident. Die letzten Wahlen fanden 1994 statt. Dabei waren die Wahlmanipulationen jedoch so offensichtlich, daß sich alle Parteien auf Neuwahlen in diesem Jahr einigten.

Systematische *Menschenrechtsverletzungen* sind in jüngster Zeit in der Dominikanischen Republik nicht zu verzeichnen. Gleichwohl kommt es immer wieder zu Beschränkungen der Freiheitsrechte. Gerade Führer von Stadtviertelvereinigungen oder Dorfgemeinschaften und Bewohner von Armenviertel erleiden oft unrechtmäßige Kurzzeitinhaftierungen. Es mangelt in dem Land an politischem Bewußtsein und Demokratieverständnis: Die fehlende demokratische Tradition führt beispielsweise zu geringen Wahlbeteiligungen (etwa 50

Prozent). Die Menschen haben sich daran gewöhnt, daß fast alle sie betreffenden Entscheidungen der Verwaltung politisch beeinflußt werden. Obwohl das Militär seit 1978 die ihm zugeschriebene verfassungsmäßige Rolle als Verteidiger der nationalen Souveränität akzeptiert, hat es dennoch großen Einfluß.

Ein Mangel an politischem Bewußtsein und Demokratieverständnis

Die wirtschaftlichen Probleme des Landes sind groß. Der Bevölkerungsanteil, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, hat sich von 47 Prozent im Jahr 1984 auf 56 Prozent im Jahr 1989 erhöht. Neuere Zahlen liegen nicht vor, diese dürften aber über den Werten von 1989 liegen, da der Mindestlohn seit 1985 nicht real gestiegen ist. Die Dominikanische Republik ist in den letzten Jahren vor allem von einer steigenden *Arbeitslosigkeit* und *Unterbeschäftigung* betroffen. Die Arbeitslosenquote beträgt 26 Prozent. Die landwirtschaftliche Produktion ist zurückgegangen, die Lebenshaltungskosten steigen konstant. Ein weiteres Problem liegt in den sinkenden Einnahmen für die traditionellen Exportgüter wie Zucker, Kaffee, Kakao und Tabak, verursacht durch sinkende Weltmarktpreise und den internationalen Protektionismus.

Nachdem die Vorgängerregierungen erfolglos die Durchsetzung von Strukturanpassungsprogrammen gegen den Willen der Bevölkerung versuchten, gelang dies Präsident Balaguer mit Unterstützung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Dies führte zu einer deutlichen Verringerung der Inflation, zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und zu einer Begrenzung der staatlichen Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich. Die Hoffnungen auf steigende Exporteinnahmen haben sich nicht bestätigt: Sie fielen auf die Hälfte der Importe zurück.

Fehlende Energie gilt aktuell als eines der größten Probleme der Dominikanischen Republik. Von diesem Problem bekommen die deutschen Touristen in den gut ausgestatteten Hotelanlagen wenig mit. Privatleute, kleinere Firmen und nicht zuletzt die Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen leiden aber massiv unter den ständigen Stromunterbrechungen. Hotels, größere Firmen und ausländische Vertretungen leisten sich private Stromversorgungsanlagen. Für die anderen richtet sich der Arbeitsrhythmus oft nach dem Strom. Die Insel belastet schon lange eine *defizitäre Energieversorgung*, jedoch seit Ende der achtziger Jahre kommt es jeden Tag zu Unterbrechungen der Stromzufuhr. Seit Jahren liegt das Gesetz über die Privatisierung des Energiesektors unverabschiedet im Kongreß. Dies ist aber Voraussetzung für die Zusage internationaler Kredite zur Sanierung der Energiewirtschaft. Eine Privatisierung würde aber letztlich auch bedeuten, daß die ärmere Bevölkerung von der Stromversorgung ausgeschlossen würde, denn sie könnte den dann teureren Strom nicht bezahlen. Bislang ist Strom billig, aber selten.

Neue wirtschaftliche Inputs erhoffte man sich unter anderem von der *Tourismusbranche*. 21 Prozent der Erwerbstätigen sind in ihr beschäftigt und müssen oft 60 Stunden in der Woche arbeiten. Die Löhne sind nicht hoch. Von den Beschäftigten wird erwartet, daß sie Englisch sprechen und eine „buena presencia“ (gutes Aussehen) haben, was letztlich bedeutet, daß sie möglichst hellhäutig sind. Da die Dominikanische Republik vor allem von den Massentouristikunternehmen unter Vertrag genommen wird, handelt es sich um einen sehr anfälligen Tourismus. Drei Wochen „all-inclusive“ sind teilweise für 2000 Mark zu bekommen. Die Touristen bleiben in den Hotelanlagen und ihre Devisen kommen vor allem den großen Reiseveranstaltern zugute. Darüber hinaus besteht Gefahr, daß z. B. bei einer Öffnung Kubas der Tourismus der Dominikanischen Republik wieder den Rücken kehrt, wenn dort preisgünstigere Alternativen angeboten werden. Sonne und saubere Strände allein reichen nicht.

Das prekäre Verhältnis zu den Nachbarn

Im Zusammenhang mit dem Tourismus blühen *Prostitution* und *Aids*. Die Prostitution ist inzwischen so weit verbreitet, daß alleinreisende Männer in manchen Hotels in Santo Domingo nicht mehr absteigen mögen, da sie dort ständig von Prostituierten angerufen werden, die aufdringlich ihre Dienste anbieten. Im Touristengebiet von Juan Dolio, 50 km östlich von Santo Domingo haben sich die meisten Diskotheken in Bordelle verwandelt. 400 Pesos (50 Mark) kostet die Nacht einschließlich Frühstück. Auf dem Straßenstrich zwischen Strand und Hotelanlage sind 200 Pesos der Durchschnittspreis. Die Regierung ergreift kaum Maßnahmen gegen die Ausweitung der Prostitution. Die Polizeibeamten, die in den Touristenzentren die Sicherheit der Touristen gewährleisten, schauen meist gegen Schmiergeldzahlungen weg.

Die Dominikaner lasten die Ausweitung von Aids nicht dem Sextourismus an, sondern den unkontrolliert über die Grenze kommenden Haitianern und haben so einen Grund mehr für deren Diskriminierung gefunden. Dabei versuchen die Haitianer, die nachts bei Dajabón die Grenze überqueren, nur die Überschüsse falscher humanitärer Hilfe zu Geld zu machen. Tonnenweise schleppen sie gebrauchte Kleidung und Schuhe aus Hilfslieferungen über die grüne Grenze. Und so hat sich schon so mancher Dominikaner für 5–10 Mark mit neuen Schuhen versorgt. Die Militärs drücken manchmal monatelang ein Auge zu und kassieren dabei ab. Gelegentlich aber schlägt von einem auf den anderen Tag die Stimmung um und die Haitianer werden erbarmungslos verfolgt, inhaftiert, schikaniert und beim illegalen Grenzübertritt erschossen. Oder die Militärs produzieren Autounfälle, nehmen die Ware der Grenzgänger an sich, und die Unfalltoten werden anonym verscharrt. So berichteten es zumindest Bewohner der Grenzregion.

Die Haitianer in der Dominikanischen Republik haben traditionell *nur wenig Rechte*. Schon seit Jahrzehnten holte die staatliche Zuckerindustrie CEA die Haitianer als billige Zuckerrohrschneider ins Land; sie schufteten zum halben Preis. Auf den Zuckerplantagen herrschen bis heute sklavennähnliche Bedingungen: Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Verkauf von überpreuerten Lebensmitteln in Läden der Plantage, Vergabe von Krediten zu sittenwidrigen Konditionen. Die meisten Arbeiter sind illegale Ausländer. Die Zuckerplantagen können während der Erntezeit ausländische Arbeiter ins Land holen, jedoch leben die meisten Haitianer auch außerhalb der Saison in der Dominikanischen Republik. Sie versuchen auf den Baustellen oder in der Landwirtschaft Arbeit zu bekommen. Obwohl seit Jahrzehnten im Land, können sie jederzeit abgeschoben werden. Andere sind durch die neue Form der *Schuldknechtschaft* an die Plantagenbesitzer gebunden. Viele Haitianer leben seit Jahrzehnten so. Den Frauen geht es dabei besonders schlecht. Sie werden in den Unterkünften der Plantage nur geduldet, wenn sie mit einem Arbeiter zusammenleben. So verlieren Witwen mit dem Ernährer auch die (armselige) Unterkunft. Viele von ihnen sind gezwungen, sofort mit einem anderen Plantagenarbeiter zusammenzuziehen.

Das dominikanische Ausländerrecht sieht keine Legalisierungsmöglichkeit vor. Das Staatsangehörigkeitsrecht gibt zwar Kindern, die im Land geboren werden, die dominikanische Staatsangehörigkeit, jedoch sind hiervon Durchreisende ausgeschlossen. Unter Hinweis auf diese Vorschrift wird von der Verwaltung den Kindern der Haitianer die Staatsangehörigkeit verweigert. Zu Unrecht, wie viele Juristen meinen, denn trotz des illegalen Aufenthaltes können die Eltern nicht als Durchreisende behandelt werden. Dabei bleiben viele Kinder von Haitianern – obwohl in der Dominikanischen Republik geboren – rechtlose Ausländer, die jederzeit abgeschoben werden können. In den Baracken der Plantagen in der Nähe von San Pedro de Macoris bemühen sich brasilianische Schwestern um die Legalisierung der

Haitianer. „Den Vätern, die ihre Kinder nicht anmelden, werde ich die Ohren abschlagen“ verkündet die Schwester in einer Versammlung. Mit dieser Drohung hat sie Erfolg, denn alle Kinder, die in den letzten zwei Jahren auf dieser Plantage geboren wurden, sind registriert worden und damit dominikanische Staatsbürger geworden.

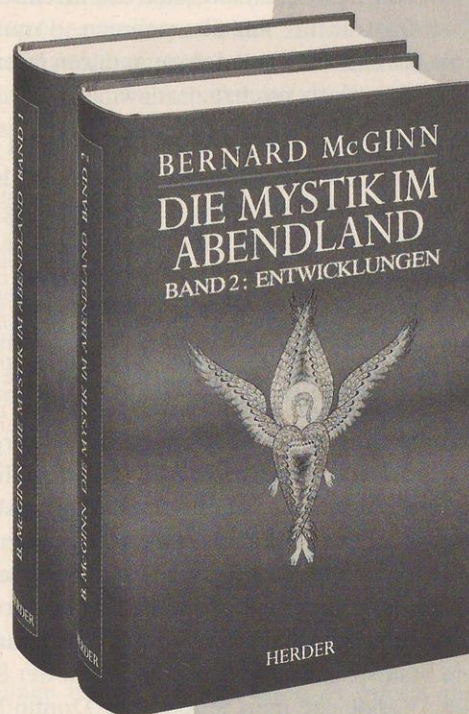
Der Vorwurf, Haitianer oder haitianerfreundlich zu sein, kann Politikern den Verlust von Wählerstimmen einbringen. Gemäß dem Paßeintrag sind selbst negride Dominikaner „morenos“, also Mestizen. Dabei war die Vermischung der negriden Bevölkerung mit den Spaniern sehr stark. Die negride Bevölkerung wird diskriminiert. Nach einer Umfrage der Tageszeitung *Listin Diario* (16.10.1995) glauben 44,5 Prozent der Bevölkerung, daß es in ihrem Land Rassendiskriminierung gibt.

Die Dominikanische Republik im Wahlfieber

Das Land ist seit einem Jahr im *Wahlfieber*. Überall trifft man auf rote, lila oder weiße Fahnen, Strommasten oder Häuser. Die Identifikation über die Parteifarbe soll den Analphabeten die Stimmabgabe erleichtern. Gewählt wird am 16. Mai dieses Jahres. Die Wahl wurde notwendig, nachdem der Wahlbetrug 1994 derart massiv war, daß nur das Versprechen vorgezogener Neuwahlen die Massen beruhigen konnte. Präsident Balaguer, der allgemein nur als „JB“ bezeichnet wird, hat seine siebte Amtszeit inne. Er wird nicht mehr kandidieren. Aussichtsreichster Kandidat für die Wahl des Präsidentenamtes ist der 41jährige Jurist *Leonel Fernandez*, Kandidat der Freiheitspartei (*Partido de la Liberación*). 1990 erhielt die Partei etwa 13 Prozent der Stimmen. Fernandez werden für die zweite Wahlrunde die besten Chancen eingeräumt. Die rechte Sozialreformpartei (*Partido Reformista Social*) schickt *Jacinto Peinado Barrigoza* ins Rennen. Obwohl 1990 die Partei 33 Prozent der Stimmen erhielt, werden ihrem Kandidaten nur wenig Chancen eingeräumt.

Von den Vereinigten Staaten wird *José Francisco Peña Gomez* favorisiert. Er galt als der eigentliche Gewinner der Wahlen von 1994. Bei dem 58jährigen Anwalt handelt es sich um einen Haitianer, der als Kind von Dominikanern adoptiert wurde. Seine Herkunft ist für viele Dominikaner ein Grund, ihn nicht zu wählen. Gleichwohl sind seine Chancen nicht schlecht. Seine Revolutionäre Partei (*Partido Revolucionario Dominicano*) ist Mitglied der Sozialistischen Internationalen und errang 1990 32 Prozent der Wählerstimmen. Der von Peña Gomez designierte Vizepräsident *Fernando Alvarez Bogart* ist ein Volkswirt, dem die Durchsetzung der notwendigen wirtschaftlichen Reformen zugetraut werden. Mit einem neuen Präsidenten werden sich auch die *Beziehungen der Kirche zum Staate* verändern. Bislang funktionierte zum Guten wie zum Schlechten der sogenannte „kurze Dienstweg“ zwischen Kardinal *Nicolás de Jesús López Rodríguez* und dem Staatspräsidenten. Neben einer generell *regierungsfreundlichen* Einstellung des Episkopates

Phänomen Mystik



Bernard McGinn
Die Mystik im Abendland

Band 1: Ursprünge
528 Seiten, gebunden
mit Schutzumschlag
ISBN 3-451-23381-9

Band 2: Entwicklungen
688 Seiten, gebunden
mit Schutzumschlag
ISBN 3-451-23382-7

Je Band DM 128,-
öS 999,- /SFr 128,-

Bei Abnahme des
Gesamtwerts
(4 Bände) je Band DM 98,-
öS 765,- /SFr 98,-

In Vorbereitung:
Band 3: Die Blüte der Mystik
Band 4: Die Krise der Mystik

Ein Schlüsselwerk der abendländischen Kultur- und Spiritualitätsgeschichte! Mit seiner großangelegten Geschichte der Mystik im Abendland schließt Bernard McGinn eine Lücke. Ein neuer Zugang sowie die konsequente Einbeziehung religiöser Strömungen und philosophischer Ideen holen die Entwicklung der Mystik aus dem „Dunkel der Vergangenheit“ und machen so den Kern dieses religiösen Phänomens verständlich.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

liegt auch im Konkordat ein weiterer Grund für das gute Verhältnis. In diesem Vertrag mit dem Apostolischen Stuhl von 1952 hatte sich der dominikanische Staat verpflichtet, die Kosten für den Bau und Unterhalt der kirchlichen Gebäude und Infrastruktur zu übernehmen. Aus diesem Grunde ist die Kirche im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern relativ reich.

Gleichwohl kann man die Kirche in sozialen Fragen nicht als passiv bezeichnen, denn gerade an der Basis, in den Pfarreien auf dem Land und in den Armenvierteln folgt sie der Option für die Armen. So sind kleine Seitenhiebe und offene Kritik an Präsident Balaguer in den Gottesdiensten nicht selten. Pfarrer stellen sich an die Seite von bäuerlichen Landbesetzern, Pfarrgemeindevorständen organisieren Protestmärsche zur Kommunalverwaltung, um Verbesserungen in ihren Stadtvierteln zu erreichen. Die Bischofskonferenz hat mit dem Rechtsberatungszentrum CEDAIL dafür gesorgt, daß Kleinbauern, haitianische Einwanderer und Bewohner von Armenvierteln Zugang zu kostenlosem Rechtsbeistand haben. Öffentliche Stellungnahmen des Episkopats zur sozialen Lage des Landes sind dagegen selten. Das Ansehen der Kirche ist durchweg gut. 60 Prozent der Bevölkerung gibt bei Umfragen an, die Kirche für glaubwürdig zu halten, während dem Staatspräsidenten nur 33 Prozent der Bevölkerung glauben. Vergleicht man jedoch die Dominikanische Kirche mit dem, was sie tun könnte und was sie tut, bleibt sie bei weitem hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Deutsche Diplomaten in Santo Domingo betonen, die Justiz oder besser das völlige Versagen der Justiz als Instanz sozialer Kontrolle und der friedlichen Konfliktvermittlung seien das größte Problem des Landes. Justizkrise und Energiekrise begegnen und multiplizieren sich beispielsweise in San Pedro de Macoris: Das Gerichtsgebäude ist 15 Jahre alt. Der Architekt verwirklichte seinen Betonraum vor der Energiekrise; Betonstreben vor der Fensterfront sollen Sonnen- und Sichtschutz geben. Das führt dazu, daß die östliche Seite des Gebäudes fast völlig verdunkelt ist. Bis 1986 war das nicht weiter tragisch – da gab es noch Strom. Inzwischen gibt es ihn nur noch stundenweise. Selbst wenn es aber Strom gibt, der Justizverwaltung fehlt das Geld für Lampen. So ist in San Pedro de Macoris Justitia im Jahr 1996 blind. Die Hälfte der Kammern liegt im Dunkeln. Der Gerichtssaal der Zivilkammer ist im Bereich des Richtertisches in absolute Dunkelheit gefallen. Im Zuschauerbereich kann man zumindest die Menschen erkennen. Der Architekt hatte vor diesem Fenster auf eine Betonstrebe verzichtet.

Ungefragt erklärt ein Zivilrichter, daß er schon überlegt habe, den Raum umzustellen, um so vom Richtertisch auch einen Blick ins Gesetz und auf die Parteien werfen zu können. Aber diesen Gedanken hat er dann verworfen: „Ich würde von hinten den Gerichtssaal betreten und das widerspricht der Würde des Gerichts“. So muß zur Wahrung der Würde des Gerichts auf ein aufschlußreiches Aktenstudium oder den Blick ins Gesetz, der mitunter die Rechtsfindung erleichtert, verzichtet und weiter im Dunkeln verhandelt werden.

Im Gerichtsgebäude von Santo Domingo hat Justitia andere Probleme, dort ist sie taub und sollte zumindest keinen Geruchssinn haben – sonst wäre ihr Arbeitsalltag unerträglich. Im Erdgeschoß des Gerichtsgebäudes werden in einem kleinen dunklen Raum ohne sanitäre Einrichtungen die Untersuchungshäftlinge untergebracht, die den Richtern zur Haftprüfung oder zur Hauptverhandlung vorgeführt werden sollen. Gerade Bewohner der Armenviertel von Santo Domingo sind hier anzutreffen, da die Polizei dort bevorzugt während der Nacht Rasterfahndungen durchführt. Diese Fahndungen, die zumeist zu einer Vielzahl unrechtmäßiger Inhaftierungen führen, werden mit dem Anti-Drogen-Gesetz gerechtfertigt. Richterliche Anordnungen oder Absprachen mit der Staatsanwaltschaft für solche Maßnahmen fehlen zumeist. Eingesperrt werden eher Führer von Wohnviertelvereinigungen und Selbsthilfegruppen als Drogenhändler. Dutzende von Gefangenen sind täglich in diesem engen Raum des Gerichtsgebäudes eingesperrt, bei unerträglicher Hitze, ohne Wasser und Toiletten.

Kleinbauern als Opfer der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz

Die Gerichtsflure gleichen einem Jahrmarkt, deren Lärm die Gerichtssäle durchdringt. Die offene Bauweise der Gerichte sichert in mehrfachem Sinne „öffentliche Verhandlungen“ zu. Es erstaunt, wenn ein Richter bei diesem Lärm den Vortrag der Anwälte oder des Staatsanwaltes versteht. Noch werden Richter und Richterinnen (immerhin ist 30 Prozent der Richterschaft weiblich) vom Senat für vier Jahre gewählt. Dieses Berufungsverfahren fördert die politische Einflußnahme auf die Justiz, da die Richter für die Wiederwahl von dem Votum der Abgeordneten abhängig sind. International gilt die zeitlich befristete Ernennung von Richtern als ein Indiz *fehlender Unabhängigkeit*.

Nach der letzten Justizreform sollen Richter in Zukunft von einem Obersten Richterrat (Consejo Superior de la Magistratura) auf Lebenszeit ernannt werden. Bislang scheitert jedoch die Umsetzung an der fehlenden Funktionsfähigkeit des Gremiums. Dieses soll nach der Verfassung unter anderem mit dem Senatspräsidenten und einem oppositionellen Abgeordneten besetzt werden. Da vor den Wahlen im Mai nicht mit den Nominierungen zu rechnen ist, bestehen derzeit keine Möglichkeiten, Richter auf Lebenszeit zu ernennen. Auch wenn das in Zukunft möglich werden sollte, verhindert die jederzeit mögliche Versetzbarkeit der Richter die tatsächliche Verwirklichung der Unabhängigkeit. Schon jetzt werden unliebsame Richter regelmäßig versetzt.

Richter an erstinstanzlichen Gerichten verdienen etwa 1000 Mark, Richter am Obersten Gerichtshof 1700 Mark. Soziale Leistungen wie Kranken- oder Altersfürsorge erhalten sie nicht. So gelten auch die geringen Gehälter als ein Grund für die Korruptionsanfälligkeit der Richter. Die Gerichtsmitarbeiter kommen ohne spezielle Ausbildung, oft durch direkte

Einflußnahme von Abgeordneten an die Gerichte, was eine Professionalisierung der Justiz verhindert.

Die fehlende Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz hat vor allem Auswirkungen auf die *Kleinbauern*. Das Sachenrecht wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht in den zwanziger Jahren geschaffen. Das Eigentum wurde vom Besitz abhängig gemacht. Ein Landstück gilt dann als Besitz eines Kleinbauern, wenn es bearbeitet, eingezäunt oder vermessen ist. Da die Kleinbauern für alle drei Maßnahmen nicht das Geld haben, müssen sie sich immer wieder gegen Eigentumsansprüche Dritter wehren. Die Bauern von Buen Hombre in der Nähe von Monte Christi beispielsweise haben seit jeher Probleme bei der Verteidigung ihres Landes. Ihre Probleme verschärften sich, als im Rahmen der Zusammenarbeit des Dominikanischen Staates mit der Europäischen Union das Projekt „Profino“ entstand. Dieses sieht verschiedene Infrastrukturmaßnahmen vor, unter anderem den

Bau vieler Straßen. Durch den Straßenbau aber ist die Region für die Tourismusbranche interessant geworden. Damit werden wiederum die Bauern immer wieder mit Klagen konfrontiert, in denen Dritte behaupten, Eigentümer der von den Bauern bearbeiteten Felder zu sein. Oft werden gleichzeitig Strafanzeigen wegen Land- und Hausfriedensbruch gestellt. Die Staatsanwaltschaft prüft die Eigentumsfrage nicht, obwohl sie dies tun müßte, und erläßt Haftbefehle gegen die Bauern.

Ohne die kostenlosen Anwälte des Rechtsberatungszentrums CEDAIL der dominikanischen Bischofskonferenz wären die Bauern gegen die indirekten Auswirkungen des EU-Projektes völlig schutzlos. Die Arbeit von CEDAIL wird über Misereor/KZE vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Ein Beispiel für europäische Entwicklungszusammenarbeit!

Gabriela M. Sierck

Kurzinformationen

Zwischenbericht zu katholischer Kirche und Stasi

Anfang 1993 setzten die ostdeutschen Bischöfe die „Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Tätigkeit staatlicher und politischer Organisationen/MfS gegenüber der katholischen Kirche“ ein (vgl. HK, September 1993, 447 ff.). Der Leiter dieser Arbeitsgruppe, *Dieter Grande*, und ihr wissenschaftlicher Mitarbeiter *Bernd Schäfer* haben jetzt einen Zwischenbericht vorgelegt. Der Bericht listet die (nicht einheitliche) Vorgehensweise in den ostdeutschen Bistümern bei der Überprüfung kirchlicher Mitarbeiter auf Stasikontakte auf und betont zusammenfassend, die Anzahl der gegen kirchliche Mitarbeiter und Einrichtungen angelegten Überwachungsakten übersteige die Zahl der im Bereich der katholischen Kirche registrierten Vorgänge zu angeblichen wie realen IM-Tätigkeiten bei weitem. Jeder Einzelfall einer IM(=Informeller Mitarbeiter)-Akte müsse qualitativ bewertet werden; nur die Summe von Einzelergebnissen ermögliche danach verallgemeinerungsfähige Schlußfolgerungen. Im Spektrum der im Bereich der katholischen

Kirche registrierten IM-Vorgänge unterscheidet der Bericht folgende Gruppen: Von den Bischöfen für Gesprächskontakte mit dem MfS *Beauftragte*, die ohne ihr Wissen als „Informelle Mitarbeiter“ geführt wurden; Priester, die ohne Information ihrer Vorgesetzten zu Gesprächen mit dem MfS sich bereitfanden, von diesem gezielt „abgeschöpft“ und meist ohne ihr Wissen als „IM“ registriert wurden; eine „sehr kleine Zahl“ von Priestern und eine „größere Anzahl von zumeist ehrenamtlichen katholischen Laien“, die eine Verpflichtungserklärung für das MfS unterzeichnet hatten; einige wenige Fälle von „fiktiven IM“, die als solche registriert waren, ohne selbst Gespräche mit der Stasi geführt zu haben. Der Bericht stellt fest, eine weitere Problematik stelle die „Differenzierung der Personen dar, die von den jeweiligen zentralen und regionalen MfS-Dienststellen auf der sogenannten ‚katholischen Linie‘ der Abteilungen XX/4 als IM geführt wurden“. Genauere Zahlen enthält der Bericht zum *Bistum Dresden-Meißen*, das eine inzwischen abgeschlossene Regelüberprüfung aller Priester, Ordensleute und hauptamtlichen Laien auf Stasikontakte durchführte: Demnach hat-

ten von allen Priestern, die zwischen 1945 und 1989 im Bistum tätig waren, 23 Kontakte zum MfS, 18 davon ohne Verpflichtungserklärungen. Das entspricht etwa drei Prozent des Klerus.

Papstbesuch in Mittelamerika

Guatemala, Nicaragua, El Salvador und Venezuela besuchte Johannes Paul II. während seiner siebentägigen Mittelamerikareise vom 5. bis 12. Februar. Dabei stand seine 69. Auslandsreise unter deutlich anderen Vorzeichen als die erste Pastoralreise in diese Region im März 1983. Während Guatemala, die erste Station des Papstes, noch auf einen Abschluß der Friedensverhandlungen zwischen der Guerilla und der Regierung in diesem Jahr hofft (vgl. HK, Februar 1996, 100 ff.), sind die Bürgerkriege in El Salvador und Nicaragua mehr oder weniger beigelegt. Die Regierungen in allen drei Ländern sind alle aus freien Wahlen hervorgegangen. Bei seiner Ankunft in Guatemala vom neugewählten Präsidenten *Alvaro Arzú* als „Botschafter des Friedens“ begrüßt, betonte der Papst, er sehe am Horizont den freudigen Moment eines Friedensvertrages;